2015/27 Reportage

https://jungle.world/artikel/2015/27/die-russische-antwort

Im Land der großen Männer. Ein Besuch in Moskau

Die russische Antwort

Von **Krsto Lazarević**

Wer die Regierung kritisiert, gilt als Volksfeind. Iwan der Schreckliche, Stalin und Putin werden als große Männer verehrt. Willkommen in Moskau!

Bei Aeroflot gibt es für die Fluggäste ein trockenes Schinkenbrötchen, einen Apfelsaft und eine Serviettenverpackung, auf der »70 Jahre Sieg« steht. Bereits im Flieger von Berlin nach Moskau wird man auf Wladimir Putins Russland eingestimmt. Zudem ziert eine weiße Friedenstaube die Serviettenverpackung. Nach der Hälfte des Fluges müsste sich das Flugzeug irgendwo über Belarus befinden. Irgendwie beruhigend, dass es nicht über die Ostukraine fliegt. Die Kleidung der Bordcrew ist betont im sowjetischen Stil gehalten, Aeroflot ist im Logo stets Hammer und Sichel treu geblieben. Ich bin mit einer Kollegin von der Taz unterwegs und frage sie, was sie von der Friedenstaube, »70 Jahre Sieg« sowie Hammer und Sichel hält. Sie antwortet: »Das fällt dir nur mehr auf, weil du es aus Russland nicht kennst. Deutschland gilt heute als Land des Friedens, findest du das nicht viel absurder?«

Der Flug dauert drei Stunden. Zeit genug, um im Bordmagazin von Aeroflot zu blättern. Auf der ersten Seite befinden sich die obligatorischen Grußworte des Vorstandsvorsitzenden Vitaly Saveliev, der herunterbetet, wie erfolgreich das Unternehmen trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation ist. Der Erfolg von Aeroflot ist Saveliev zufolge auch auf »unseren weisen Anführer Wladimir Wladimirowitsch Putin« zurückzuführen. Tatsächlich hat Aeroflot mit Umsatzeinbußen zu kämpfen, das Unternehmen dürfte bis zu einem Viertel seiner Flotte stilllegen müssen – aber darüber steht in dem Magazin nichts.
Auf dem Weg zum Roten Platz spazieren Touristen über die große Moskwa-Brücke in Richtung Kreml. Die Sonne scheint, die Temperaturen klettern auf fast 30 Grad. Die Besucher gehen an Blumen, Ikonen und Russland-Fahnen vorbei, die neben dem Porträt von Boris Nemzow aufgestellt wurden. Der liberale Oppositionspolitiker wurde am 27. Februar auf der Brücke erschossen. Nach der Ermordung kamen Zehntausende, um den Oppositionspolitiker zu verabschieden. Manche forderten »Russland ohne Putin« und verschwanden dann wieder in ihre Küchen, wo man in Russland traditionell über die Regierung schimpft.
Michail Kassjanow ist ein politischer Weggefährte von Nemzow. Seit dessen Ermordung macht auch er sich Sorgen um seine Sicherheit. »Geh auf diese Brücke, und es wird deine sein«, habe ihm kürzlich jemand geschrieben. Wenn es um die Errungenschaften der Opposition geht, gibt er ganz unverblümt zu: »Wir haben bislang nicht viel erreicht. Wir sehen aber die Möglichkeit für

einen graduellen Übergang. Das Regime kommt aus den Wirtschaftsproblemen und der politische Isolation nicht raus.« Der Politiker hofft, dass die Duma-Wahlen 2016 einigermaßen fair ablaufen, wobei er selbst nicht wirklich daran zu glauben scheint: »Die Duma muss aufhören, eine Druckmaschine zu sein, und ein echtes Parlament werden, aber Putin will das nicht.« Die Sanktionen gegen Russland unterstützt Kassjanow. Er vermutet, Putin habe angenommen, man würde ihm die Annexion der Krim genauso durchgehen lassen wie im Jahr 2008 den Einmarsch in Georgien.
Kassjanow war von 2000 bis 2004 Ministerpräsident Russlands. Er sagt, die Beziehungen zu den USA, der EU und der Nato seien sehr gut gewesen. Er regte damals eine Initiative für eine visafreie Zone von Lissabon bis Wladiwostock an. Im Herbst 2004 kam es dann zur Geiselnahme von Beslan, bei der Erstürmung des Gebäudes durch russische Einsatzkräfte starben nach offiziellen Angaben 331 Geiseln. Dieses russische 9/11 besiegelte Kassjanow zufolge den Anfang vom Ende der jungen russischen Demokratie. Er ist überzeugt: »Wenn die Propaganda drei Monate lang aufhören würde, dann würde es Putin nicht mehr geben.«

Auf Russia Today läuft derzeit eine zehnteilige Reportage über Putin. Zu sehen sind Bilder aus einem Dorf, das schwer von einem Erdbeben getroffen wurde. Die Menschen dort haben alles verloren. Putin sagt alle Termine ab und fliegt sofort zu den Betroffenen. Eine ältere Frau fragt den Präsidenten: »Werden unsere Häuser und unser Leben wieder aufgebaut?« Er antwortet: »In einem halben Jahr wird alles wieder aufgebaut und noch viel schöner sein als davor.«
Nach der Putin-Reportage kommen die Nachrichten. Thema des Tages ist der Bürgerkrieg in der Ostukraine. Man sieht Bilder von ukrainischen Faschisten, die die russische Minderheit in der Ostukraine bedrohen, die vergewaltigen und morden. Es ist in Russland auch möglich, sich abseits der Staatspropaganda zu informieren, nur machen das die meisten Menschen nicht. In vielen Haushalten läuft der Fernseher den ganzen Tag und das Programm wird von der Regierung bestimmt.
Eines der wenigen verbliebenen kritischen Medien ist die Zeitung Nowaja Gaseta. Vor dem Eingang zum Redaktionsgebäude blickt man auf das Konterfei von Anna Politkowskaja, vor dem eine Vase mit Blumen steht. Die investigative Journalistin erlangte Berühmtheit mit ihren kritischen Reportagen über den Krieg in Tschetschenien, sie berichtete über Menschenrechtsverletzungen der russischen Armee und verbündeter tschetschenischer Paramilitärs. Für diese Arbeit zahlte Politkowskaja mit ihrem Leben. Am 7. Oktober 2006 wurde sie in ihrem Treppenhaus erschossen. Insgesamt acht Redakteure und Mitarbeiter der Zeitung wurden ermordet. Vitali Yaroshevsky, stellvertretender Chefredakteur der Zeitung, sagt: »Die Menschen, die hier arbeiten, kennen die Situation. Sie haben eine Entscheidung getroffen.« Die Printausgabe der Nowaja Gaseta hat eine Auflage von 230 000 Exemplaren, inklusive zwölf regionaler Ausgaben. Weitere Ausgaben werden in Deutschland, Israel und Kasachstan gedruckt. Eigentlich sollte die Printversion am 9. Mai eingestellt werden, doch sie hat sich noch einmal gerettet.
51 Prozent der Zeitung gehören dem Redaktionskollektiv, 39 Prozent dem ehemaligen Oligarchen Alexander Lebedew und zehn Prozent Michail Gorbatschow. Lebedew verkaufe seine Anteile, weil »Druck auf ihn ausgeübt wurde und er sehr viel verloren hat«, wie Yaroshevsky betont. Lebedew sollte seine Anteile an Investoren verkaufen, die die Zeitung schließen wollten. Doch das wollte er nicht tun: »Er hat uns seine Anteile gegeben und wir versuchen nun, Investoren zu finden. Reiche Investoren sind an den Anteilen interessiert.« Mit Anzeigen kann die Zeitung kaum Geld verdienen, weil potentielle Werbepartner von der Regierung unter Druck gesetzt werden. Außerdem macht der Nowaja Gaseta ein neues Nichtrauchergesetz zu schaffen,

das zur Schließung der meisten Kioske geführt hat. »Natürlich kann man die Zeitung auch im Supermarkt kaufen, aber das machen weniger Menschen«, sagt Yaroshevsky. Unterstützung aus dem Ausland sei der Zeitung angeboten worden, aber nach russischem Gesetz dürfe sie solches Geld nicht annehmen.

Nadezhda Prusenkowa, die Pressechefin der Nowaja Gaseta, spricht über die Trollarmee, die der Onlineausgabe zu schaffen mache: »Es gibt Internettrolle, die dafür bezahlt werden, bis zu 1 500 Kommentare am Tag zu schreiben, in denen sie das Putin-Regime loben.« Die Nowaja Gaseta ist zudem durch Mahnungen vom Staat bedroht, die einen Entzug der Lizenz zur Folge haben könnten: »Wenn wir bis September noch eine Mahnung bekommen, dann können sie unsere Redaktion schließen.« Die vorherige Mahnung bekam die Redaktion für einen Artikel über Multikulturalismus. Prusenkowa sagt: »Es ging darum, dass die russische Kultur nicht als unabhängige Einheit gesehen werden kann, weil sie eine Mischung aus mehreren Kulturen ist. Dieser Artikel wurde als extremistisch eingestuft.« Auf der Liste der Pressefreiheit der Organisation »Reporter ohne Grenzen« steht Russland auf Rang 152 von 180 Staaten.
Welchen Einfluss die Regierungspropaganda hat, dokumentiert das unabhängige Lewada-Institut. Seit der Annexion der Krim sind die Zustimmungswerte für Putin deutlich gestiegen. 86 Prozent der Befragten geben an, hinter dem Präsidenten zu stehen. Vor Beginn des Euromaidan, der Proteste in der Ukraine, Ende 2013 lag Putins Wert bei ungefähr 60 Prozent. 68 Prozent halten Russland zurzeit für eine Großmacht, während im November 2011 weniger als die Hälfte der Russen glaubte, Bürger einer Großmacht zu sein. Die meisten Russen stehen hinter der Annexion der Krim. 69 Prozent von ihnen halten die USA für einen Feind, vor der Krim-Annexion waren es lediglich 38 Prozent. Noch vor dem Euromaidan in Kiew standen die Russen den USA eher positiv als negativ gegenüber, nun sind die USA wieder der große Gegner – fast wie zu Zeiten des Kalten Kriegs. Manchmal sagt ein bedrucktes T-Shirt aber auch mehr als Zahlen. Für 600 Rubel, umgerechnet etwa zehn Euro, kann man eines kaufen, auf dem Putin und Barack Obama in Judokakleidung abgebildet sind. Putin verpasst Obama einen Tritt und bringt den US-Präsidenten zu Fall. Die Kampfszene findet vor dem Hintergrund einer russischen Flagge statt, über der geschrieben steht: »Unsere Antwort«.
Zurück auf dem Roten Platz posieren Lenin, Stalin und Putin nebeneinander, und zwar in mehrfacher Ausführung. Für 150 Rubel kann man sich mit den Doppelgängern fotografieren lassen. Die meisten russischen Führer wirken entspannt, nur einer der Lenins tanzt aus der Reihe. Er kickt die ganze Zeit gegen einen Ball, den er an Touristen verkaufen will. Da der Ball mit einer Schnur um seinen Hals gebunden ist und Lenin ein grimmiges Gesicht macht, wirkt die Szene wie der unendlich scheiternde Suizidversuch eines russischen Sisyphos, und das unweit des Lenin-Mausoleums. In den Himmel ragen rote Sterne, orthodoxe Kreuze und russische Wappen nebeneinander, als gebe es keine Widersprüche in der russischen Geschichte.
15 Minuten Fußweg vom Roten Platz entfernt befinden sich die Räume der Menschenrechtsorganisation Memorial. Der Verein wurde 1988 auf Initiative des Friedensnobelpreisträgers Andrei Sacharow gegründet, befasst sich mit der Aufarbeitung des sowjetischen Terrors und kümmert sich um Überlebende des Gulag. Zudem beobachtet Memorial Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine und im nördlichen Kaukausus und versucht, Geflüchteten aus Zentralasien zu helfen. Die Memorial-Jugendgruppe setzt sich gegen Rechtsextremismus in Russland ein, weswegen sie bereits mehrmals von Neonazis überfallen wurde.
Irina Scherbakowa berichtet, dass die Arbeit der Menschenrechtsorganisation in den vergangenen Jahren schwieriger geworden sei. Die Leiterin des Bildungsprogramms von

Memorial erzählt: »Archive wurden wieder geschlossen. Wir leben in Zeiten der Propaganda, die schlimmer ist als in der Endphase der Sowjetunion.« Ihrer Ansicht nach besteht das System Putin aus zwei Hauptfaktoren: »Es wird ein äußerer Feind erschaffen und der Staat und das Vaterland werden in eins gesetzt. In dieser Atmosphäre darf man die Regierung nicht kritisieren, sonst wird man als Volksfeind abgestempelt.«

Diese Regel gilt Scherbakowa zufolge nicht nur für die derzeitige Regierung, sondern auch für vergangene: »Die Regierung hat das Bild von Stalin als großem Führer reaktiviert, und Lenins Theorie, dass die Meinungsfreiheit nicht uneingeschränkt sein darf, gewinnt wieder an Popularität.« Die Verbrechen Stalins würden zwar nicht geleugnet, aber relativiert. Die Industrialisierung unter Stalin sei notwendig gewesen, um den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen, laute ein Argument. Der Hitler-Stalin-Pakt werde positiv bewertet. Scherbakowa betont: »Diese hybride Ideologie schafft Zynismus.« Auch die Niederschlagung des ungarischen Aufstands 1956 und des Prager Frühlings 1968 werden in ein positives Licht gerückt. »Sie lehnen es ab, ein demokratisches System zu schaffen, also schaffen sie eine Ideologie. Diese Ideologie basiert auf Geschichtspolitik«, sagt Scherbakowa.

In dieser Geschichtspolitik werden große Männer als Quelle des Stolzes verherrlicht, unabhängig davon, ob sie nun Iwan der Schreckliche, Stalin oder Putin heißen. Statt historischer Aufarbeitung bestimmt ein aggressiver Nationalismus den Geschichtsunterricht. In diesem Kontext ist auch Putins Ausspruch vom Zerfall der Sowjetunion als »größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts« zu verstehen. Die politische Führung trauert dabei nicht dem real existierenden Sozialismus nach, sondern möchte das Bedürfnis nach einem großen und mächtigen Russland wecken. Wer an der Schaffung dieses Landes beteiligt war, gilt als Volksheld. Wenn dabei, wie unter Stalin, Millionen Menschen ausgehungert und gefoltert werden oder elendig im Gulag umkommen, dann ist das eben der Preis, der für die Größe des Vaterlands zu zahlen ist.

Scherbakowa führt die Besucher am Ende durch das Archiv von Memorial. Tausende Bilder, Dokumente und Kleidungsstücke erzählen die Geschichte des sowjetischen Terrors. Sie zieht eine unscheinbare Jacke aus dem Archiv. In den Innentaschen versteckt sind Zettel, auf denen in kleinen grünen und blauen Lettern Gebete stehen, die strengstens verboten waren. Doch selbst in Stalins Gulag gab es Menschen, die sich den Verboten widersetzten.

© Jungle World Verlags GmbH